

**Sozialdemokratische Leitlinien zum Nachtragshaushalt 2010:  
Bayern, aber gerechter: Bayern sozial in die Zukunft führen!**

von

**Markus Rinderspacher**, MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion,  
und

**Volkmar Halbleib**, MdL, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Die Rahmenbedingungen für die bayerische Haushaltspolitik sind negativ. Für den Nachtragshaushalt 2010 bedeutet das konkret:

- ◆ Nach der Novembersteuerschätzung ergibt sich eine Haushaltsverschlechterung gegenüber dem Stammhaushalt in Höhe von 1,4 Milliarden Euro.
- ◆ Das steuerliche Sofortprogramm von Schwarz-Gelb im Bund führt zu Steuermindereinnahmen beim Freistaat in Höhe von mindestens 360 Millionen Euro und weiteren 126 Millionen Euro bei den bayerischen Kommunen.
- ◆ Das Landesbankdesaster kostet schon jetzt jährlich 400 Millionen Euro Zinsen, die aus dem Staatshaushalt finanziert werden müssen.

Die Staatsregierung will durch den Einsatz des letzten Tafelsilbers, durch Kürzen und Streichen und durch die expansive Nutzung der Haushaltstechnik die Fassade des ausgeglichenen Haushalts aufrecht erhalten.

Wir halten diese Position für grundlegend falsch. Wir haben gerade in Krisenzeiten den Anspruch und die Forderung, Bayern sozial in die Zukunft zu führen.

Aus unserem Anspruch und unserer Forderung heraus, Bayern sozial in die Zukunft zu führen, ergeben sich drei Leitthemen für den Nachtragshaushalt 2010:

- ◆ **Chancenreiches Bayern – Chancen für alle Menschen in Bayern!**  
(Bildung/Betreuung/Jugend)
- ◆ **Neue Perspektiven für Bayern – Jetzt in Bayerns Zukunft investieren!**  
(Wirtschaft/Arbeit/Strukturpolitik, Klimaschutz, Mobilität)
- ◆ **Partnerschaftliches Bayern – Sozialen Zusammenhalt in Bayern stärken!**  
(Soziales Bayern, Ehrenamt/Bürgergesellschaft/Handlungsfähige Kommunen)

## Die haushaltspolitische Grundausrichtung der SPD-Landtagsfraktion

### **Offensiv statt Krisen verschärfend – intelligente Haushaltspolitik für Bayern:**

Die SPD steht für eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik. Insbesondere bei schwierigen wirtschaftlichen Situationen wie der derzeitigen konjunkturellen Entwicklung, verbunden mit Steuermindereinnahmen und massiven Finanzproblemen der Kommunen, wäre ein prozyklischer Spar- und Kürzungshaushalt kontraproduktiv und schädlich.

Gerade jetzt muss der Freistaat in die öffentliche Infrastruktur investieren, Kommunen bei Investitionen unterstützen und damit Beschäftigung stabilisieren. Gerade jetzt sind sozialpolitische Ausgleichs- und Auffang-Hilfen gefordert.

### **Stabile Staatsfinanzen statt unseriöser Steuerpolitik:**

Die SPD steht für stabile Staatsfinanzen. Wir bekennen uns zu soliden staatlichen Einnahmen und gefährden diese nicht durch unseriöse Steuersenkungen und einen nachlässigen Steuervollzug. Solide heißt für uns auch, dass wir die aktuellen politischen Herausforderungen in eine vernünftige Abwägung bringen mit dem Erhalt künftiger finanzieller Spielräume.

Wir werden es aber nicht akzeptieren, wenn unter dem Diktum ausgeglichener Haushalte und vermeintlicher finanzieller Generationengerechtigkeit etwa zentrale Zukunftsperspektiven gerade von jungen Menschen gefährdet oder zerstört werden, zum Beispiel durch fehlende Mittel für die soziale Teilhabe, für Betreuung und Bildung, für Klimaschutz. Das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes um jeden Preis ist deshalb für uns keine solide Haushaltspolitik.

### **Orientierung für den finanziellen Rahmen:**

Schwarzgelb kann nicht mit Geld umgehen, weder in Bayern noch im Bund. Die Folge ist, dass schon im Jahr 2010 dem Freistaat und den bayerischen Kommunen durch Landesbank und Steuersenkungen zusammen 886 Millionen Euro fehlen. Wir legen auf eine solide Haushaltspolitik wert, der ausgeglichene Haushalt um jeden Preis ist für uns aber kein politisches Ziel. Eine Orientierung für unsere Mehrforderungen werden die von CSU/FDP zu verantwortenden Ausfälle in Höhe von **mindestens 886 Millionen Euro** sein.

### **Weitblick statt Aktionismus:**

Die SPD steht für eine stetige Haushaltspolitik, die bei sinnvollen staatlichen Programmen und Maßnahmen gerade bei konjunkturell bedingten Einnahmeausfällen auf Kontinuität setzt. Wegen des Dogmas des ausgeglichenen Haushalts reagiert die CSU dagegen nicht zum ersten Mal mit panikartigen Kürzungen, Streichungen und Sperrungen reagiert.

Die Kollateralschäden solcher haushaltspolitischer Ad-hoc-Attacken sind größer als der finanzielle Nutzen. Sie zerstört das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Staates gerade bei den Institutionen und Einrichtungen, die auf mittelfristige Planungssicherheit angewiesen sind.

**Gestaltungskraft statt Herumgemurkse:**

Die vom Ministerpräsidenten ausgegebene Devise an den Finanzminister, die Fassade des ausgeglichenen Haushalts unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, führt zwangsläufig zu politischem Murks. Auf der Strecke bleibt nämlich der Anspruch, einen kraftvollen Gestaltungshaushalt vorzulegen, der sich an den konjunkturpolitischen Erfordernissen und an den landespolitischen Aufgaben orientiert. Der Fassadenkitt wird wichtiger, als landespolitisch zu gestalten.

**Offenheit statt Verschleierung:**

Die SPD steht für eine ehrliche Haushaltspolitik. Wir verzichten auf Haushaltstricks und stellen uns den finanzpolitischen Realitäten. Wir verzichten auf unseriöse Steuersenkungsversprechen, die nur auf Pump oder auf Kosten wichtiger staatlicher Aufgaben realisiert werden können.

**Die Folgen schwarzgelber Politik:****Bayern und die weiß-blauen Kommunen blicken in ein schwarzes Loch**

Schwarzgelb kann nicht mit Geld umgehen, weder in Bayern noch im Bund. Die Folge ist, dass schon im Jahr 2010 dem Freistaat und den bayerischen Kommunen zusammen 886 Millionen Euro fehlen. Wie werden Staatsregierung und die Regierungsfractionen im Landtag reagieren?

**Wiederkehr der Stoiberschen Kürzungspolitik durch die Hintertür:**

Droht die Wiederkehr der Stoiberschen Kürzungspolitik durch die Hintertür? Beim Nachtragshaushalt 2004 wurden unter Ministerpräsident Stoiber die Ansätze des Stammhaushalts massiv um 908 Millionen Euro zusammengestrichen. Ob die Staatsregierung ähnlich brutal kürzen wird wie vor 6 Jahren, kann erst nach Vorlage des Regierungsentwurfs konkret beurteilt werden.

**Was Schwarzgelb in Bayern mit dem Nachtragshaushalt 2010 plant:**

Einige konkrete Kürzungsabsichten sind schon bekannt:

- ◆ Der Kommunale Finanzausgleich 2010 in Bayern sinkt gegenüber 2009 um 0,8 Prozent. Die reinen Landesleistungen gehen um 51 Millionen Euro zurück, von 6.352 Millionen Euro auf 6.301 Millionen Euro.
- ◆ Die Erhöhung der Haushaltssperre für Verwaltungsausgaben von 10 auf 20 Prozent im Sommer 2009 wird auch für den Nachtragshaushalt 2010 gelten. Darüber hinaus wird die Sperre für Sachmittel ebenfalls auf 20 Prozent erhöht.
- ◆ Beim Versorgungsfonds (nicht bei der Versorgungsrücklage) für die Beamten werden die Zuführungen auf 70 Millionen Euro begrenzt anstelle der nötigen 105 Millionen Euro.
- ◆ Verschiebung von Stellenhebungen in das Jahr 2011.

### **Selbstverschuldetes Landesbank-Desaster:**

Die Staatsregierung hat die Haushaltsprobleme für den bevorstehenden Nachtragshaushalt zum guten Teil selbst verursacht - etwa durch das Landesbank-Debakel und dessen finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Nur die Zinsbelastungen für die 10 Milliarden Euro zur Stützung der Landesbank beträgt im Jahr 2010 insgesamt 400 Millionen Euro. Bei der Etatisierung des Landesbankdebakels gilt aber die Devise tricksen, tarnen, täuschen:

- ◆ Es existiert ein politischer Schattenhaushalt durch das Sonderkapitel 1360, in dem die Belastungen für den Staatshaushalt aus dem Landesbank-Desaster zusammengefasst sind.
- ◆ Die 400 Millionen Euro Zinsen, die für die 10 Milliarden Euro Schulden für die Kapitalmaßnahmen bei der BayernLB jährlich bezahlt werden müssen, sind in diesem Kapitel getrennt von den anderen Zinszahlungen im Staatshaushalt enthalten.

### **Steuerpolitisches Harakiri:**

Die aktuelle Steuerpolitik von CSU und FDP auf Bundesebene bedeuten einen zusätzlichen Einnahmeverlust in Höhe von mindestens 360 für den Freistaat Bayern und von 126 Millionen Euro für die Kommunen (zusammen 486 Millionen Euro) für 2010.

Verschärft wird dies noch durch die weiteren Vorhaben, die Im Koalitionsvertrag nachgelesen werden können:

- ◆ Die Einnahmen des Staates sinken durch weitere Steuersenkungen ab 2011 nochmals ab. So wird der unsoziale Stufentarif bei der Einkommensteuer jährlich bei Bund, Ländern und Kommunen zu einem Steuerminus von 24 Milliarden Euro führen.
- ◆ Die Erbschaftssteuer wird in Frage gestellt.
- ◆ Die Abschaffung der Gewerbesteuer wird geprüft.

Dieses Vorhaben entfaltet bereits ihre Vorwirkungen für den Nachtragshaushalt 2010.

### **Finanzpolitische Schizophrenie:**

In Bayern die Schwarze Null – koste es was es wolle. In Berlin Rekordschulden – koste es was es wolle. Das ist gespaltenes haushaltspolitisches Denken und Handeln.

Die Haushaltspolitik, die CSU und FDP im Bund aufs Gleis gesetzt haben, ist das glatte Gegenteil dessen, was Schwarzgelb in Bayern beabsichtigen. Die Steuerausfälle des Bundes durch das steuerpolitische Sofortprogramm und den ungerechte Stufentarif bei der Einkommensteuer sollen durch Rekordverschuldung finanziert werden. In Bayern dagegen soll durch Kürzen und Nutzung aller haushaltstechnischen Möglichkeiten die Fassade eines ausgeglichenen Haushalts aufrecht erhalten werden.